

WACHSTUMSUNABHÄNGIGKEIT UND EINHALTUNG DER PLANETAREN GRENZEN

KENNZEICHEN EINER POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT

Seit den 1950er-Jahren ist in den Gesellschaften der westlichen Industrieländer wirtschaftliches Wachstum in die gesellschaftlichen Strukturen eingewoben, es gilt im Denken vieler Menschen als normal, Wachstum ist ein explizites Ziel der Wirtschaftspolitik und vieler Unternehmen und ein Ausbleiben von Wirtschaftswachstum oder gar sein Rückgang lösen Krise, Schrecken und politischen Aktivismus aus. Und dies, obwohl bei nüchterner Betrachtung kaum jemand von unbegrenztem Wachstum ausgehen kann, dafür fehlen auf dem materiell geschlossenen Planeten Erde die Ressourcen.

Seit den 1970ern zeigt sich, dass Wachstumsversprechungen wie Wohlstand für alle und die Lösung sozialer Probleme, insbesondere sozialer Ungleichheiten, nicht erfüllt werden, im Gegenteil, das Wohlergehen stagniert oder schrumpft, während die Wirtschaft weiterwächst (z.B. Daly/Cobb 1989; Diefenbacher et al. 2016). Eine besonders gravierende Folgewirkung des Wachstums ist die ökologische Belastung, die zunehmend die planetaren Grenzen überschreitet (Steffen et al. 2015). Bisher ist es nicht gelungen, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung absolut zu entkoppeln, das heißt, bei Wachstum den Ressourcenverbrauch insgesamt zu verringern, und die künftigen Aussichten darauf sind schlecht (Parrique et al. 2019; Haberl et al. 2020; Hickel/Kallis 2020). Hinzu kommt ein weiterer problematischer Effekt der starken Wachstumsorientierung: Die Furcht vor Wachstumseinbrüchen verhindert eine wirksame Umweltpolitik, indem jegliche Ressourcenpreiserhöhung, jegliche Schutzgebietsausweisung, jegliche Regulierung etc. unter Wachstumsvorbehalt gestellt wird, das heißt, Wirtschaftswachstum hat Priorität. Dieser Hintergrund ist die Ausgangssituation für die Formulierung des Konzepts der Postwachstumsgesellschaft (Seidl/Zahrnt 2010).

AUSGANGSSITUATION FÜR DAS KONZEPT DER POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT

Ein Grund für diese Fixierung auf das Wirtschaftswachstum ist, dass zentrale Bereiche in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft existenziell auf Wachstum angewiesen sind und ausbleibendes Wachstum diese Bereiche in existenzielle Krisen bringt, das heisst sie ihre Funktionen nicht mehr erfüllen können. Welche Bereiche sind dies? Beobachtungen und Literatur führen zu einer Liste mit acht Bereichen: (a) Alterssicherung, (b) Gesundheitswesen, (c) Arbeitsmarkt, (d) Konsum, (e) sozialer Ausgleich, (f) Unternehmen, (g) Finanzmärkte, Banken, (h) Staatsfinanzen (weiter unten wird die Wachstumsabhängigkeit dieser Bereiche kurz beschrieben). Droht die Aussicht, dass einzelne oder mehrere dieser Bereiche wegen geringem oder ausbleibendem Wachstum oder gar Schrumpfung ihre Funktionen nicht mehr erfüllen können und die Gesellschaft oder Teile davon destabilisieren, so werden Politik und Gesellschaft alles tun, um solche Situationen zu vermeiden: Die Politik greift in den politischen Instrumentenkoffer und verteilt Subventionen, steigert die Ausgaben, nimmt Schulden auf, weitet die Geldmenge aus, senkt die Unternehmenssteuern (selten die allgemeine Steuerlast), treibt den internationalen Handel voran und stellt Politiken, die dem Wachstum schaden könnten, zurück. So zum Beispiel die Umweltpolitik, von der regelmässig davon ausgegangen wird, sie würde dem Wachstum schaden. Die Wirtschaft lobbyiert entsprechend, die Bevölkerung wählt Parteien, die auf Wachstum setzen und sie opponiert gegen Massnahmen, die Wachstum bremsen könnten (so finden bei Abstimmungen vor allem Argumente Gehör, die vor dem Verlust von Arbeitsplätzen oder Wettbewerbsfähigkeit des Landes warnen).

Das Konzept der Postwachstumsgesellschaft postuliert, die oben genannten zentralen Bereiche so umzugestalten, dass sie ihre Funktionen auch ohne Wachstum erfüllen können. Folglich würden wachstumsfördernde Politiken unnötig und auch Politiken, die Wachstum bremsen könnten (z.B. Umweltpolitik), dürften dann einen leichteren Stand haben. Hauptziel ist also eine gesellschaftliche, politische und ökonomische Wachstumsunabhängigkeit. Damit ist kein Wachstumsverbot gemeint, denn im Zuge zum Beispiel einer sozial-ökologischen Transformation wird es durchaus zu Wachstum kommen (z.B. Ausbau erneuerbarer Energie, öffentlicher Verkehr), allerdings muss dann auch eine Exnovation stattfinden (z.B. Abbau fossiler Energiequellen und Privatverkehr), damit die ökologischen Grenzen eingehalten werden.

Vor diesem Hintergrund bedeutet Postwachstumsgesellschaft dreierlei: dass 1) keine Politik der Wachstumsförderung stattfindet, 2) wachstumsabhängige Bereiche umgebaut sind, sodass sie ohne ständiges Wachstum ihre Funktionen erfüllen können, und 3) der Ressourcenverbrauch innerhalb der planetaren Grenzen bleibt.

WACHSTUMSABHÄNGIGKEITEN IN VERSCHIEDENEN BEREICHEN

Bei der Beschäftigung mit Wachstum stellen sich rasch die Fragen, was Wachstum generiert bzw. antreibt und ob Wachstumsabhängigkeiten bestehen, die Wachstumspolitiken notwendig machen (für eine umfangreiche Sichtung der Literatur

zu Wachstumszwängen siehe z.B. Richters/Simoneit 2019). Im Folgenden wird mit politischen Wachstumsabhängigkeiten argumentiert, die sich dadurch ergeben, dass gesellschaftliche Systeme so konstituiert sind, dass sie ihre Funktionen nur dann erfüllen können, wenn Wachstum stattfindet (Wachstumsabhängigkeiten und Lösungsansätze sind auch beschrieben in Seidl/Zahrnt 2015).

a) Alterssicherung: Sowohl die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV), die auf dem Umlageverfahren basiert, wie auch die Pensionskassen (2. Säule), die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhen (beide machen im Wesentlichen die Alterssicherung in der Schweiz aus), sind wachstumsabhängig, wenn auch die Pensionskassen in stärkerem Mass. Die AHV unterliegt durch die doppelte demografische Herausforderung (rückläufige Geburtenzahlen und zunehmendes Lebensalter) einem finanziellen Druck. Dieser soll durch höhere Beiträge (bestenfalls auf Basis höherer Löhne), mehr Beitragszahlende (bestenfalls mehr Erwerbstätige durch höhere Erwerbsbeteiligung oder Zuwanderung) und/oder längere Beitragszeiten (späterer Renteneintritt) gemindert werden. Jeder der drei Ansatzpunkte setzt mehr oder weniger Wachstum voraus. Grundsätzlich könnte diese Wachstumsabhängigkeit durch geringere Rentenzahlungen oder höhere Finanzierungsbeiträge der öffentlichen Hand aufgehoben werden (derzeit beträgt die öffentliche Finanzierung 25 %). Wenngleich die politische Entwicklung in Richtung höhere öffentliche Beiträge geht, ist dies doch politisch umstritten und weicht durch höhere Staatszuschüsse das Umlageverfahren weiter auf. Die Pensionskassen sind stärker vom Wirtschaftswachstum abhängig, denn für die Altersguthaben (verfügbare Summe für Pensionszahlungen) machen Kapitalrenditen einen wichtigen Teil aus, die weitgehend von Wachstum und seiner Höhe abhängig sind.

b) Gesundheitswesen: Die Gesundheitskosten machen gut 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz aus und wachsen stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Das Gesundheitswesen wird finanziert durch private Haushalte (63 %), die öffentliche Hand (30 %) und Unternehmen (7 %). Sollen die wachsenden Gesundheitskosten durch höhere Prämien gedeckt werden, so ist es für die Versicherten einfacher, wenn die Löhne wachsen. Und soll der Anteil der öffentlichen Hand erhöht werden, so ist dies auch einfacher, wenn die Steuerbasis wächst, also Wachstum stattfindet. Treiber steigender Gesundheitsausgaben sind unter anderem profitorientierte, wachstumsorientierte Industrien (Pharma, Medizinaltechnik, Gesundheitsdienstleistungen etc.), die ihr Pendant in einem Gesundheitswesen finden, das stark auf Apparatmedizin setzt, dagegen Gesundheitsvorsorge (Prävention) vernachlässigt.

c) Arbeitsmarkt: Ein wesentliches Argument für Wachstum ist der Erhalt und die Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen. Weil die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Erwerbsarbeit lebt, hat dieses Argument grosses Gewicht. Die Zusammenhänge sind komplex: Wachstum schafft Erwerbsarbeitsplätze, allerdings sinkt in der Schweiz die Arbeitslosigkeit erst bei einem Wachstum von mindestens 2 Prozent

(KOF 2018). Dies hat mit Produktivitätsfortschritt (v.a. technischer Fortschritt) zu tun, der unter anderem zu Wachstum führt und den Bedarf an Arbeitskräften senkt. Das heisst, Wachstum soll Arbeitsplätze schaffen, vernichtet aber gleichzeitig welche. Jackson und Victor (2011) sprechen von einer «Produktivitätsfalle». Gleichzeitig gilt die Produktivitätszunahme (v.a. durch technischen Fortschritt und damit verbundenen sinkenden Arbeitskosten und höherer Wettbewerbsfähigkeit) als bevorzugte Auslöserin von Wachstum (gegenüber dem Einsatz von mehr Arbeitskraft) und wird deshalb wirtschaftspolitisch gefördert. Hinzu kommt, dass in westlichen Ländern die Abgaben auf Arbeit hoch sind, was die Arbeitskosten «verteuert» (z.B. Köppl/Schratzenstaller 2019), und diese hohen Arbeitskosten Produktivitätszunahmen antreiben, die Arbeit ersetzen sollen. Dies muss wiederum durch Wachstum aufgefangen werden. Diese Situation führt dazu, dass die Gesellschaft von ständigem Wachstum abhängig ist, um ausreichend Erwerbsarbeit zu haben (Seidl/Zahrnt 2019).

d) Konsum: Zwei Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts werden konsumiert (in den USA 82 %). Die Konsumindustrie arbeitet grösserenteils profitorientiert, steht im globalen Preiswettbewerb, profitiert von Skaleneffekten (Mengenausweitungen, die das Produkt verbilligen) und ist damit davon abhängig, dass Konsumierende ständig mehr nachfragen (zum Konsum als Wachstumsmotor siehe Röpke 2010). Dazu werden neue Bedürfnisse geschaffen, Moden kreiert, Werbeaufwand betrieben, Konsumkredite vergeben und die Nutzungsdauer von Produkten gesenkt («geplante Obsoleszenz»). Dies erhält zahllose Arbeitsplätze, die, wie die Corona-Krise zeigt, gefährdet sind, wenn der Konsum einbricht. Wenn also die Nachfrage nach Konsumgütern nicht mehr wächst oder stagniert, so destabilisiert dies den Konsumsektor und die wirtschaftliche Entwicklung, die in Wachstum gesehen wird.

e) Sozialer Ausgleich: Mit Wachstum ist das Versprechen verbunden, dass soziale Ungleichheiten zurückgehen. Die Politik argumentiert stark damit, dass eine soziale Angleichung einen wachsenden Kuchen erfordert, während Umverteilen politisch schwierig ist. Es ist evident, dass die «Trente Glorieuses», wie die Nachkriegsjahrzehnte in Frankreich genannt werden, den Wohlstand massiv verbessert haben, wobei nicht so eindeutig ist, ob die sozialen Unterschiede kleiner wurden oder lediglich ein «Fahrstuhl-Effekt» stattfand, das heisst die Abstände konstant blieben, aber das Wohlstandsniveau für alle höher wurde (Möhring-Hesse 2010). Seit den 1980ern allerdings nehmen die Einkommens- und damit sozialen Unterschiede wieder zu – bei rückläufigen Wachstumsraten.


f) Unternehmen: Gemeinhin gelten Unternehmen als wachstumsorientiert, um hohe Gewinne zu erzielen und ihren Fortbestand in einem Wettbewerbsumfeld zu sichern. Binswanger (2006) argumentiert, Unternehmen stünden unter einem Wachstumszwang und gesamtwirtschaftlich gebe es nur Wachstum oder Zusammenbruch. Allerdings variere dieser Wachstumszwang und sei besonders ausgeprägt bei börsennotierten Unternehmen. Die empirische Befragung von Gebauer und

Sagebiel (2015) zeigt, dass etwa die Hälfte der kleinen und mittleren Unternehmen Wachstum anstrebt, die andere Hälfte nicht. Es gibt also auch Wachstumsneutralität bei Unternehmen. Auch wenn solche Wachstumsneutralität nichts darüber aussagt, ob und wie stark Unternehmen insgesamt vom Wachstum abhängen, so ist es zweifellos einfacher, in einem wachsenden Umfeld ein Unternehmen zu führen als in einem stabilen oder schrumpfenden. So meinte Hans Ulrich (1984), Begründer des St. Galler Managementmodells: «Die Grossunternehmen vor allem sind wachstumsorientiert in ihrer Politik. [...] Leider hat die lange und relativ ungestörte Wachstumsphase bewirkt, dass wir uns an stabile Verhältnisse gewöhnt haben; insbesondere hat eine ganze Generation von Führungskräften nichts anderes erlebt.»

g) Finanzmärkte, Banken: Finanzmärkte und Banken sind von Wachstum abhängig: damit sie neue Geschäfte finanzieren können, damit der Wert von Schuldverschreibungen gesichert ist und Gläubiger ihre Kredite bedienen, um möglichst hohe Renditen auf Finanzprodukte zu erzielen. Gleichzeitig treiben Banken und Finanzmärkte mit ihren Geschäften und Geschäftspraktiken Wachstum an (Binswanger 2006; Jorberg 2010).

h) Staatsfinanzen: Die öffentliche Verschuldung zahlreicher Länder ist hoch. Vor diesem Hintergrund ist Wirtschaftswachstum aus verschiedenen Gründen zentral: um den Schuldendienst zu bedienen; um vorteilhafte Bonitätsnoten der Ratingagenturen zu erhalten, was den Preis der Neukreditaufnahme senkt; um das Verhältnis BIP/öffentliche Verschuldung zu verbessern; um ein hohes Steueraufkommen zu sichern; um Staatsausgaben zu vermeiden, die bei Stagnation und Schrumpfung anfallen (Erwerbslosigkeit finanzieren, Sozialausgaben etc.); um unkonventionelle Massnahmen wie die aktuelle Geldmengenausdehnung durch die Europäische Zentralbank unnötig zu machen, die verschiedene Verwerfungen hervorruft (niedrigste Zinsen bzw. Negativzinsen, Vermögenspreisinflation etc.).

Die kurze Beschreibung der Wachstumsabhängigkeiten zentraler gesellschaftlicher Bereiche zeigt, dass Wachstumsabhängigkeiten vor allem daraus resultieren, wie die oben genannten Bereiche und ihre Rahmenbedingungen gestaltet sind. Gibt es eine Diskussion, wie diese Bereiche umgestaltet werden können? In bestimmtem Umfang ist dies der Fall, denn die Wachstumsabhängigkeit führt – teilweise schon seit Längerem – zu bereichsimmanenten Problemen (Unternehmen, die an Nachfragegrenzen stossen, Qualitätsverluste im Gesundheitssystem durch Profitorientierung, Erwerbslosigkeit, Finanzierungsprobleme der Altersversicherung etc.). Es gibt mehr oder weniger lange Reformdebatten in den einzelnen Bereichen (z.B. zum Geldwesen, zur Gesundheitsversorgung, zu Erwerbsarbeit), auf die zurückgegriffen werden kann, auch wenn diese Debatten bislang kaum im Rahmen der Wachstumsproblematik geführt wurden. Auch gibt es eine lange kapitalismuskritische Diskussion mit Fokus auf die Akkumulation und ihre Folgen sowie auf alternative gesellschaftliche Gestaltungsentwürfe. Seit jüngerer Zeit nimmt sich die wachstumskritische Forschung und Literatur zunehmend den Fragen an,

wie einzelne der wachstumsabhängigen Bereiche transformiert werden können, damit eine Entwicklung hin zu einer Postwachstumsgesellschaft möglich wird. 

LITERATUR

- Binswanger, H. C. (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg.
- Binswanger, M. (2019): Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim/Basel.
- Daly, H.E./Cobb, J.B.J. (1989): For the common good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future, Boston.
- Diefenbacher, H./Held, B./Rodenhäuser, D./Zieschank, R. (2016): Aktualisierung und methodische Überarbeitung des Nationalen Wohlfahrtsindex 2.0 für Deutschland – 1991 bis 2012 – Endbericht, hrsg. vom Umweltbundesamt, Texte 29/2016, Dessau-Roßlau.
- Gebauer, J./Sagebiel, J. (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen, Diskussionspapier des IÖW 67/15, Berlin.
- Haberl, H./Wiedenhofer, D./Virág, D./Kalt, G./Plank, B./Brockway, P./Fishman, T./Hausknost, D./Krausmann, F./Leon-Gruchalski, B./Mayer, A./Pichler, M./Schaffartzik, A./Sousa, T./Streeck, J./Creutzig, F. (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights, in: Environmental Research Letters, H. 6, 065003.
- Hickel, J./Kallis, G. (2020): Is Green Growth Possible?, in: New Political Economy, H. 4, S. 469–486.
- Jackson, T./Victor, P. (2011): Productivity and work in the «green economy»: Some theoretical reflections and empirical tests, in: Environmental Innovation and Societal Transitions, H. 1, S. 101–108.
- Jorberg, T. (2010): Finanzmärkte und Aufgabe der Banken. Postwachstumsgesellschaft, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg, S. 145–153.
- KOF – Konjunkturforschungsstelle (2018): Die Arbeitslosigkeit sinkt ab einem BIP-Wachstum von 2 %, KOF Bulletin 118, Zürich, S. 1–3.
- Köpl, A./Schatzenstaller, M. (2019): Ein Abgabensystem, das (Erwerbs-)Arbeit fördert, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg, S. 206–225.
- Möhring-Hesse, M. (2010): Warum die Verteilung Gerechtigkeit, nicht aber Wachstum braucht, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg, S. 117–127.
- Parrique, T./Barth, J./Briens, F./Kerschner, C./Kraus-Polk, A./Kuokkanen, A./Spangenberg, J.H. (2019): Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability, European Environmental Bureau, Kopenhagen.
- Richters, O./Siemoneit, A. (2019): Growth imperatives. Substantiating a contested concept, in: . Structural Change and Economic Dynamics 51, S. 126–137.
- Röpke, I. (2010): Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg, S. 103–115.
- Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.
- Seidl, I./Zahrnt, A. (2015): Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft, in: Held, M./Kubon-Gilke, G./Sturn, R. (Hrsg.): Politische Ökonomik großer Transformationen, Jahrbuch normative und institutionelle Grundlagen der Ökonomik, Marburg, S. 237–262.
- Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.) (2019): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg.
- Steffen, W./Broadgate, W./Deutsch, L./Gaffney, O./Ludwig, C. (2015): The trajectory of the Anthropocene. The Great Acceleration, in: The Anthropocene Review, H. 1, S. 81–98.
- Ulrich, H. (1984): Management, Bern et al.